

EURO-RETTUNG

## Deutschland ruiniert sich

Wie lange sollen die Deutschen noch für die Euro-Rettung zahlen? Eine Replik auf Franziska Brantner

VON Richard Sulík | 09. August 2012 - 08:00 Uhr

Deutschland hat zwei Weltkriege angezettelt und beide verloren. Das kostete viele Millionen Menschen ihr Leben und schuf unendliches Leid. Die Deutschen waren dabei oft »Hitlers willige Vollstrecker«. Das alles ist bekannt und allgemein anerkannt. Wenn irgendwo die Aufbereitung der eigenen Verbrechen und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte stattfand, dann in Deutschland. In den achtziger Jahren emigrierte meine Familie von der Slowakei nach Deutschland. Ich besuchte verschiedene deutsche Schulen und erinnere mich gut, wie viel Zeit den Kriegen, der deutschen Schuld und der Wiedergutmachung gewidmet wurde: Von Reparationen war die Rede, von Milliarden an Entschädigungszahlungen, noch heute fühlt sich Deutschland zu U-Boot-Lieferungen an Israel verpflichtet. Es war und ist richtig, dass Deutschland so viel zahlen musste, schließlich hat es riesigen Schaden angerichtet. Aber wie lange soll es jetzt in der Euro-Krise noch zahlen?

Am 27. September 2011 hat mich der damalige deutsche Bundespräsident Christian Wulff besucht. Ich war zu dem Zeitpunkt noch als slowakischer Parlamentspräsident im Amt, und unsere Koalitionsregierung stand kurz vor der Abstimmung über die Aufstockung des befristeten Rettungsschirmes EFSE. Während unseres Gesprächs lobte ich die Rede, die Herr Wulff auf der Tagung der Wirtschaftsnobelpreisträger in Lindau gehalten hatte. Vor allem ein Satz ist mir lebhaft in Erinnerung geblieben: »Es ist allerdings ein Missverständnis, Solidarität allein an der Bereitschaft zu bemessen, andere finanziell zu unterstützen, für sie zu bürgen oder gar mit ihnen gemeinsam Schulden zu machen.« Als ich ihn fragte, warum wir bei der Argumentation und Wahrnehmung der Situation übereinstimmten, aber bei der Schlussfolgerung zu völlig gegensätzlichen Positionen kämen (er war für die Aufstockung des befristeten Rettungsschirmes, ich war dagegen, was mich schließlich auch mein Amt kostete), sagte er: »Wissen Sie, wir haben historische Verpflichtungen.«

Wer im Krieg etwas verbrochen hat, muss heute mindestens 90 Jahre alt sein. Wie viel Promille der Bevölkerung sind das? Acht? Acht Promille natürlich nur dann, wenn wir von einer Kollektivschuld ausgehen. Bei der konkreten Schuld wird es sich höchstens um Tausende handeln. In einem 80-Millionen-Volk. Wie lange sollen also die Deutschen für alles Mögliche zahlen? 50 Jahre? 100 Jahre? Für immer?

**RICHARD SULIK**

ist Vorsitzender der slowakischen Partei SaS (Freiheit und Solidarität). Bis zur Abstimmung über den EFSF im Herbst 2011 war er Parlamentspräsident.

Bei einer Haftungsgemeinschaft, wie sie die Europa-Abgeordnete der Grünen Franziska Brantner in der letzten Ausgabe der ZEIT (Nr. 32/12) gefordert hat, geht es nämlich um nichts anderes als um Geld. Solidarität, historische Verantwortung, europäische Idee– das alles sind schöne Worte, aber im Endeffekt geht es trotzdem nur ums Geld. Ich kann Wolfgang Schäuble, Jahrgang 1942, verstehen, dass er bereitwillig zahlt – auch wenn es nicht sein eigenes Geld ist, sondern das der Steuerzahler, und damit sind die meisten Politiker recht großzügig. Seine ganze Kindheit war von den Diskussionen über Kollektivschuld und Wiedergutmachung überschattet. Doch wenn eine junge Politikerin wie die demnächst 33-jährige Franziska Brantner schreibt: »Wir müssen in einer Haftungsgemeinschaft für die Schulden der anderen Euro-Länder eintreten«, dann staune ich nicht schlecht.

Angeblich muss es Deutschland tun, damit es seinen Export und somit die Arbeitsplätze rettet. Deutschland soll also für die Südländer zahlen, damit die Menschen dort deutsche Produkte kaufen. Außer der banalen Frage, was denn ein Export nützt, den das exportierende Land selbst bezahlt, gibt es eine viel kniffligere Frage: Wäre es dann nicht besser, das, was sonst exportiert wird, den Bürgern des eigenen Landes zu schenken statt denen eines fremden Landes?

Oder es wird argumentiert, dass ohne eine Haftungsgemeinschaft die Euro-Zone zerbricht. Doch es verhält sich genau umgekehrt: Die Haftungsgemeinschaft führt dazu, dass die Euro-Zone zerbricht, deshalb gibt es den Artikel 125 im EU-Vertrag, gegen den derzeit verstoßen wird. Die sogenannte No-bail-out-Klausel besagt: Jeder haftet selbst für seine Schulden.

Dass Deutschland sich wie eine Weihnachtsgans ausnehmen lässt, könnte mir als Slowaken egal sein, wenn es da nicht zwei Zusammenhänge gäbe. Erstens bin ich davon überzeugt, dass die Haftung für die Schulden eines anderen dazu führt, dass sich niemand mehr verantwortlich für seine Taten fühlt. Warum sollten zum Beispiel die Griechen jemand anderen als Alexis Tsipras wählen, der im Grunde sagt: Spart nicht, Deutschland wird schon zahlen. Deutschland zahlt schon heute Milliarden an Griechenland (dass gleichzeitig Frau Merkel in griechischen Zeitungen mit Hakenkreuz am Arm abgebildet wird, ist ein schlechter Witz).

Ein anderes Beispiel ist Slowenien, das gerade enorme Sparanstrengungen unternimmt und trotzdem von den Rating-Agenturen herabgestuft wurde. Die Slowenen befinden sich jetzt am Scheideweg: Entweder sie strengen sich noch mehr an, um ohne Schulden zu wirtschaften, damit sie zur »Belohnung« spanische Banken retten dürfen; oder sie lassen es bleiben, machen weiter Schulden und lassen sich retten. Dann müssen sie auch nichts

für die Rettung anderer Länder bezahlen. Das ist das Gefährliche an der Haftungsunion: Es entsteht eine unheimlich starke Motivation, Schulden zu machen. Wenn jemand dann zur Wahl antritt mit dem Versprechen, ausgeglichen zu wirtschaften, wird er ausgelacht. Durch irgendwelche Kontrollrechte werden niemals Schulden vermieden werden. Natürlich meine ich jetzt nicht Slowenien oder die Slowakei, sondern Italien oder Frankreich, das jegliche Kontrolle ablehnt und ablehnen wird, weil es die Grande Nation ist. Und eine Grande Nation wird sich von Brüssel nichts vorschreiben lassen. Wenn es um mehr geht als um deutsches Geld, endet nämlich der europäische Gedanke sehr schnell.

Der zweite Zusammenhang trifft die Slowakei noch mehr. Die slowakischen Politiker haben unisono das »Festhalten am deutschen Kurs« zur Staatsräson erklärt. Egal, was Deutschland tut – wir tun es auch. Wenn also Deutschland aus welchen Gründen auch immer jemanden rettet, rettet die Slowakei mit. Neuerdings hat die Slowakei, ärmstes Land der Euro-Zone, die Ehre, private spanische Banken zu retten. Wir haben nicht einmal eine durchgehende Autobahnverbindung zwischen den zwei größten Städten, aber wir retten private Banken in einem viel reicheren Land.

»Kennzeichnend für die Haltung der politischen Elite ist der Versuch, ein Anwachsen der deutschen Haftungsrisiken hinzunehmen und sie gleichzeitig rhetorisch zu verleugnen«, schreibt Franziska Brantner. Da kann man nur zustimmen. Das Problem ist jedoch nicht das Leugnen, sondern das Hinnehmen der Haftungsrisiken, was im Endeffekt auch anderen Ländern schadet, die verantwortlich wirtschaften möchten, zum Beispiel der Slowakei.

Wir stehen nicht erst am Anfang einer Entwicklung, sondern haben schon mehrere Rettungsversuche und zwei Dutzend Krisengipfel hinter uns. Deutschland ist bereits schwer getroffen: durch Target-Forderungen, also sozusagen den Preis für noch nicht bezahlte Exporte Deutschlands, die sich derzeit auf 730 Milliarden Euro beziffern, sowie eine 27-prozentige Mithaftung für mögliche Verluste der Europäischen Zentralbank.

Trotzdem wird den deutschen Politikern nichts anderes übrig bleiben, als endlich die Reißleine zu ziehen, sonst wird die Euro-Zone in einem gewaltigen Chaos enden. Schuldgefühle muss Deutschland deshalb keine haben, es hat nämlich schon genug gezahlt.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2012/33/Euro-Rettung-Zahlung-Deutschland>